



Niederschrift

47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.03.2008
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	anwesend ab 16:35 Uhr (TOP 1.3)
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend ab 16:40 Uhr (TOP 4)
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Harder, Dirk		
Herr Liebe, Thomas		
Herr Wernick-Otto, Frank	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Schweers, Norbert	Jugendamtsleiter	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Basekow, Angela	entschuldigt
Frau Frehse-Sevrán, Frauke	entschuldigt
Herr Dr. Henrich, Lutz	entschuldigt
Herr Lehmann, Carsten	entschuldigt
Frau Parthum, Ute	entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 28.02.2008
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Regionalarbeitskreise

- 4 Vorstellung des Jugendkonzeptes der PAGA
PAGA
- 5 Zukünftiger Umgang mit dem Thema Jugenddelinquenz
- 6 Konzeptionelle Ideen für die Jugendarbeit
Fraktion Die Andere
- 7 Beauftragung eines privaten Gutachters zur Erstellung einer integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 07/SVV/1137
Fraktion CDU, Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
- 8 Wohnortnahe Kitaversorgung
Vorlage: 08/SVV/0198
Fraktion SPD
- 9 Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses
- 10 Haushalt des Jugendamtes
- 10.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011
Vorlage: 08/SVV/0160
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 10.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 08/SVV/0161
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 10.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009
Vorlage: 08/SVV/0162
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 10.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2008 - Liste der Bürgerinnen und Bürger
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Müller verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte Drucksache 08/SVV/0198 und schlägt vor, diese über eine Erweiterung der Tagesordnung als TOP 8 aufzunehmen, da der Antrag versehentlich nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich in der vorgesehenen Reihenfolge um einen Punkt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Wernick-Otto wird im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ eine Information geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 28.02.2008

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen des Jugendamtes

Seitens der Verwaltung des Jugendamtes gibt es keine Mitteilungen.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Regionalarbeitskreise

Unterausschuss

Herr Liebe informiert, dass sich der Unterausschuss mit Betreiberkonzept „OFF LINE“ befasst hat sowie mit „Offener Jugendarbeit in der Innenstadt“. Beide Tagesordnungspunkte konnten nicht abschließend behandelt werden.

Der Unterausschuss schlägt dem JHA vor, am 25.09.2008 die Vorstellung des Jungenkonzeptes von Manne e.V. in die Tagesordnung aufzunehmen.

AKKJ

Herr Liebe informiert, dass sich der AKKJ mit den Antrag der Fraktion Die Andere zu konzeptionellen Ideen für die Jugendarbeit befasst hat.

zu 4 Vorstellung des Jugendkonzeptes der PAGA

Frau Sudau (stellv. Geschäftsführerin der PAGA) stellt anhand einer Folie die Ergebnisse der PAGA 2007 vor und gibt Erläuterungen dazu.

Sie informiert über die Ergebnisse der Integrationen 2007 und macht dabei deutlich, dass die Zielvorgaben übertroffen wurden. Sie erörtert die Ziele der PAGA, gibt Erläuterungen zu den Sanktionen sowie den Sanktionsstufen und weist darauf hin, dass diese gesetzlich geregelt sind.

Frau Sudau stellt die weiteren Aktivitäten der PAGA vor, gibt einen Ausblick für 2008.

Frau Schulze fragt, ob bei der Entgeltvariante eine Willensbekundung des Arbeitgebers erfolgt, den Jugendlichen nach den 8 Monaten noch weitere 4 Monate zu beschäftigen.

Sie bittet, über das „Jobcamp“ im September oder Oktober 2008 erneut im Jugendhilfeausschuss zu berichten, da es bis dann einige Erfahrungen gibt. Sie regt an, das Potsdamer System und JUP miteinander zu verbinden.

Frau Sudau erklärt, dass bei der Entgeltvariante der Vertrag grundsätzlich auf 12 Monate angelegt ist.

Die Anregung JUP mit dem Potsdamer System zu verknüpfen wird aufgenommen und in der PAGA beraten.

Herr Voehse äußert sein Entsetzen über den Sprachduktus und verweist u.a. auf die Unterteilung in 4 Betreuungsstufen (Seite 11). Er fragt, ob hier neue psychologische Gutachten erstellt werden. Des Weiteren verweist er auf die Aussage auf Seite 19 des Konzeptes, dass mit den Jugendlichen Eingliederungsvereinbarungen geschlossen werden, deren Umsetzung „konsequent überwacht“ wird. Ebenso kritisiert er die Aussage auf Seite 21: „Der Fallmanager behält den Jugendlichen... im Blickfeld.“

Auch der Begriff „Kunde“ scheint ihm in diesem Zusammenhang unangemessen.

Frau E. Müller verweist auf das Bundesgesetz, welches auszuführen ist. Sie macht deutlich, dass gerade im Team der unter 25-jährigen ausschließlich ausgebildete Fallmanager tätig sind. Es ist nicht das Ziel der PAGA, die Sanktionen vor die Integration zu stellen. Sie verweist hierbei auch auf die Zahlen der Integrationserfolge, die aus ihrer Sicht sehr deutlich für den Erfolg sprechen. Sie bittet, die vorgelegten Zahlen genauer zu betrachten.

Frau Knoblich regt an, die Diskussion heute nicht abzuschließen und einige Probleme nochmals ausdiskutieren. Sie hat auch einen Teil an Kritik an dem vorgelegten Konzept, z.B. mit dem Sprachduktus.

Sie fragt, wer die sozialpädagogischen Maßnahmen anbietet und wie die Rückkopplung zur PAGA in Bezug auf die Kontrolle der Verwendung der finanziellen Mittel sowie die Qualität der durchgeführten Maßnahme erfolgt.

Herr Wernick-Otto fragt, welche Träger die Jobcamps durchführen und mit welchen weiteren Trägern die PAGA zusammenarbeitet.

Frau Sudau erklärt, dass sie sich für den Begriff „Kunde“ entschieden hat, da sich die PAGA als Dienstleister versteht. Dies klingt auch wesentlich freundlicher als beispielsweise „Leistungsbezieher“ oder „Bedürftiger“.

Sie macht deutlich, dass die Betreuungsstufen eine Vorgabe der Bundesagentur für Arbeit sind, die die PAGA umzusetzen hat.

Frau Sudau erklärt, dass die Lehrgänge und Trainingsmaßnahmen immer auch sozialpädagogische Betreuung beinhalten. Die Qualität wird durch den federführend zuständigen Teamleiter kontrolliert. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die zwei Außendienstmitarbeiter der PAGA hin, die u.a. auch Bildungs- und MAE-Maßnahmen kontrollieren. Auch mit der Arbeitssicherheit wird zusammengearbeitet, um die Einhaltung der Sicherheit zu gewährleisten.

Herr Voehse merkt an, dass aus seiner Sicht selbst ein gut qualifizierter Fallmanager mit der Einstufung eines Jugendlichen in eine Betreuungsstufe überfordert ist.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die jungen Menschen, die durch die PAGA betreut werden, bereits mehrere Entwicklungsstufen hinter sich haben. Probleme müssen früher erkannt, aufgenommen und gelöst werden.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass andere Arbeitsgemeinschaften lediglich in Kategorie A bis D einteilen, ohne diese näher zu bezeichnen. Dies geschieht in Potsdam nicht.

Sie fragt, ob bei 100 %-iger Sanktion die aufgelaufene Mietschuld als Darlehen nach Abschluss der Sanktion von der Leistung abgezogen wird.

Frau Sudau bejaht dies.

Frau Drohla betont, dass aus ihrer Sicht die Formulierungen hinsichtlich der Integrationsfähigkeit diskriminierend und menschenverachtend sind. Ihrer Meinung nach liegen die Ursachen für die Probleme im System der Gesellschaft.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass das Verfahren in der PAGA sehr abgestuft und individuell ist.

Die PAGA kann nicht der Reparaturbetrieb für diejenigen sein, bei denen in 16 bis 17 Jahren davor einiges versäumt wurde.

Sie findet die Arbeit der PAGA sehr anerkennenswert. Sie wehrt sich dagegen, dass die Formulierung im Konzept der PAGA „menschenverachtend“ ist.

Frau Dr. Müller schlägt vor, an dieser Stelle die Diskussion abubrechen. Sie bittet alle JHA-Mitglieder sich darüber Gedanken zu machen, wie konsequent man ein Gesamtblick auf die Entwicklung junger Menschen bekommen kann, um dann für sie eine Lobby zu erreichen.

Sie regt an, dies zur nächsten Sitzung in die Tagesordnung aufzunehmen mit der Bitte darüber nachzudenken, wie dieses Thema zukünftig angebunden werden kann.

Sie macht deutlich, dass die heute geäußerten Meinungen nicht als Kritik an der Arbeit der Mitarbeiter der PAGA gewertet werden sollen.

zu 5 Zukünftiger Umgang mit dem Thema Jugenddelinquenz

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dieses Thema auf Wunsch des Jugendhilfeausschusses in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss vorschlägt, zu diesem Thema eine halbtägige Veranstaltung durchzuführen. Da voraussichtlich viele verschiedene Erwartungen an die Diskussion gestellt werden, regt er an, der Verwaltung mitzuteilen, welche Inhalte und Fragen beraten werden sollen.

Herr Wernick-Otto ergänzt, dass der Unterausschuss vorschlägt, Herrn Prof. Sturzbecher zur Diskussion einzuladen.

Herr Schweers verweist auf die aktuelle Studie anhand einer Umfrage durch das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung der Universität Potsdam. Diese Studie sollte vorgestellt und dann intensiv diskutiert werden. Hierzu bittet die Verwaltung um Hinweise und Anregungen.

Frau Dr. Müller wird hierzu in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses Terminvorschläge unterbreiten.

Sie bittet um ein Votum zur Durchführung der halbtägigen Veranstaltung zum Thema „Jugenddelinquenz“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der Durchführung der halbtägigen Veranstaltung zum Thema „Jugenddelinquenz“ wird zugestimmt.

zu 6 Konzeptionelle Ideen für die Jugendarbeit

Herr Voehse hat in Erfahrung gebracht, dass sich der AKKJ im kommenden Monat mit dem Antrag zu konzeptionellen Ideen für die Jugendsozialarbeit befassen wird.

Die Ergebnisse sollten in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt werden.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass mit diesem Antrag auch die Regionalarbeitskreise angesprochen sind. Diese haben sich noch nicht umfassend mit dem Thema befasst.

Sie schlägt daher vor, im Mai 2008 dieses Thema nochmals aufzurufen und über die Ergebnisse zu diskutieren.

Herr Mertens macht darauf aufmerksam, dass viele Vertreter der Regionalarbeitskreise auch im AKKJ mitarbeiten.

Frau Dr. Müller schlägt vor, aus dem Beschlusstext die Regionalarbeitskreise heraus zu nehmen und schlägt folgenden geänderten Beschlusstext vor:

Geänderter Beschlusstext:

Der Arbeitskreis Potsdamer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (AKKJ) wird gebeten, die „Konzeptionellen Ideen für die Jugendsozialarbeit in Potsdam“ der Fraktion Die Andere zu diskutieren und den JHA zu informieren, welche der vorgeschlagenen Ergänzungen der Angebote im Bereich der Jugendsozialarbeit als sinnvoll und umsetzbar eingeschätzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 7 Beauftragung eines privaten Gutachters zur Erstellung einer integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 07/SVV/1137**

Frau Dr. Müller informiert über den Änderungsantrag des Finanzausschusses vom 19.03.2008. Dort wurde folgender Änderungsantrag zur Beschlussfassung empfohlen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ergebnis des verwaltungsintern erarbeiteten integrierten Kita-, Hort- und Grundschulentwicklungskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam einer Begutachtung durch einen externen Dritten zu unterziehen.“

Sie erinnert daran, dass im Jugendhilfeausschuss bereits Konsens bestand, dass nur über die integrierter Hort- und Grundschulentwicklungsplanung geredet wird. Im letzten Satz des Änderungsantrages des Finanzausschusses sollte folgende

Formulierung eingefügt werden: ...*“unter dem Aspekt der vorliegenden Priorisierung der beschlossenen Investitionsplanung für Schule und Kita 2008 bis 2011“*...

Frau Dr. Müller unterbreitet folgenden Vorschlag:

Der Änderungsantrag des Ausschusses für Bildung und Sport mit den bereits in der letzten JHA-Sitzung besprochenen Änderungen wird durch den im letzten Satz konkretisierten Änderungsantrag des Finanzausschusses ergänzt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass die zuständigen städtischen Verwaltungseinheiten ein integriertes Hort- und Grundschulentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam erarbeiten. Neben den sozialräumlichen und pädagogischen Aspekten ist auch der Sanierungsstau in die Standortbetrachtung mit einzubeziehen. Über das Ergebnis ist in der SVV im September 2008 zu informieren. Ein Zwischenbericht erfolgt im Ausschuss für Bildung und Sport im April 2008.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ergebnis des verwaltungsintern erarbeiteten integrierten Hort- und Grundschulentwicklungskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam einer Begutachtung unter dem Aspekt der vorliegenden Priorisierung der beschlossenen Investitionsplanung für Schule und Kita 2008 bis 2011 durch einen externen Dritten zu unterziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt

zu 8

Wohnortnahe Kitaversorgung

Vorlage: 08/SVV/0198

Herr Schweers erklärt, dass nur ein Teil der Fragestellung beantwortet werden kann. Er erklärt, dass nur die Angebote in den Regionen aufgelistet werden können. Die Anzahl der Anspruchsberechtigten kann mit der derzeit vorhandenen Technik nicht ermittelt werden.

Er weist darauf hin, dass eine Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2008 aufgrund des erforderlichen zeitlichen Vorlaufs innerhalb der Verwaltung nicht zu realisieren ist. Daher bittet er, um Änderung im Antragstext wie folgt: „... bis Juni 2008 einen Bericht zur Versorgung...“

Frau Knoblich übernimmt die Änderungen.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Juni 2008 einen Bericht zur Versorgung mit wohnortnahen Kitaplätzen und Plätzen bei Tagesmüttern - bezogen auf die fünf Sozialräume - vorzulegen. Darin sind insbesondere darzustellen:

- die Nachfrage- und Angebotssituation in den einzelnen Sozialräumen
- die Anzahl der Anspruchsberechtigten, denen nur in einem anderen Sozialraum ein Platz angeboten werden konnte
- der notwendige zusätzliche Investitionsbedarf für eine Erfüllung des Rechtsanspruches im Sozialraum des Antragstellers

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.***zu 9 Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses**Frau Dr. Müller schlägt folgenden Beschlusstext vor.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage seiner Geschäftsordnung Punkt 6.7:

Ab sofort (beginnend mit der Sitzung am 24.04.2008) sind je ein Vertreter des Kreiselternrates, des Kreisschülerrates und des Kreislehrerrates als sachverständige Bürger mit Anhörungsrecht zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses bis zum Ende seiner Legislaturperiode einzuladen.

Herr Wernick-Otto bittet sicherzustellen, dass der Kreiselternrat, der Kreisschüler- rat sowie der Kreislehrerrat diese Information erhalten.Frau Dr. Müller sagt dies zu.Herr Messerschmidt (Vertreter des Kreiselternrates) stellt sich kurz dem Jugend- hilfeausschuss vor.**Beschlusstext:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage seiner Geschäftsord- nung Punkt 6.7:

Ab sofort (beginnend mit der Sitzung am 24.04.2008) sind je ein Vertreter des Kreiselternrates, des Kreisschülerrates und des Kreislehrerrates als sachverständige Bürger mit Anhörungsrecht zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses bis zum Ende seiner Legislaturperiode einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

*Dem Antrag wird zugestimmt.***zu 10 Haushalt des Jugendamtes**Herr Schweers verweist auf die Erläuterungen zum Haushalt, die durch Herrn Lentz erarbeitet und mit den Sitzungsunterlagen an alle Jugendhilfeausschuss- mitglieder ausgereicht wurden.

Er erläutert den Teilergebnisplan 2008 des Fachbereiches Jugendamt und er- klärt, dass jedes Regionalteam jetzt über zwei Deckungskreise verfügt.

Das Haushaltssicherungskonzept kann aus Sicht der Verwaltung des Jugendam- tes eingehalten werden. Die geplanten Mittel für 2008 sind aus derzeitiger Sicht ausreichend.

Frau Schulze bittet um Erläuterung zur Unterprodukt Nr. 3650101 – Tagespflege komm. Träger (Anlage 1).Herr Schweers erklärt, dass die Eltern hier aufgrund ihres Wunsch- und Wahl- rechtes Kita-Plätze in Berlin gesucht haben. Er weist darauf hin, dass die Zahl der auswärtigen Kinder, die in Potsdam betreut werden, höher ist als die der Potsda-

mer Kinder, die in anderen Gemeinden betreut werden.

Herr Liebe verweist auf die Kappungsgrenze bei den freien Trägern, die weit unter dem öffentlichen Tarif liegt. Er fragt, ob hier künftig etwas berücksichtigt werden kann.

Herr Schweers erklärt, dass künftig Leistungsvereinbarungen getroffen werden, über die dies dann ab dem Haushaltsjahr 2009 geregelt wird.

zu 10.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011
Vorlage: 08/SVV/0160

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Das Haushaltssicherungskonzept 2008 – 2011 wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Jahr 2008 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 1

Dem HSK für den Teil des Jugendamtes wird zugestimmt.

zu 10.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 08/SVV/0161

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008 mit doppischem Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 1

Der Haushaltssatzung für den Teil des Jugendamtes wird zugestimmt.

zu 10.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009
Vorlage: 08/SVV/0162

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die mit dem Haushaltsplan 2008 zugleich für das Haushaltsjahr 2009 zu beschließenden Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam 2009. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2009 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).
2. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
3. Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge

und Aufwendungen.

4. Zur Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten in angemessener Weise auszuschöpfen (z.B. durch das Erreichen adäquater Kostendeckungsgrade).
5. Dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ist zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 4

Dem Eckwertebeschluss für den Teil des Jugendamtes wird zugestimmt.

zu 10.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2008 - Liste der Bürgerinnen und Bürger

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass aus der Liste der Bürgerinnen und Bürger lediglich der Vorschlag 5 – Reihenuntersuchungen – in Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses liegt. Dieser wird bereits umgesetzt. Sie schlägt vor, dem so zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Prüfung: 0

Dem Vorschlag 5 der Liste der Bürgerinnen und Bürger wird zugestimmt.

zu 11 Sonstiges

Herr Wernick-Otto bittet, für September 2008 die Vorstellung von Manne e.V. und dem Jungenkonzept in die Themenplanung des Jugendhilfeausschusses aufzunehmen.

Frau Dr. Müller sagt dies zu.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. April 2008; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin